

(Briefentwurf an Gemeinden und Gruppen -zur Bearbeitung und Weiterleitung)

<Anrede>

Liebe Schwestern und Brüder,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden e.V., in der unsere Kirche mitarbeitet und Mitglied ist, hat auf ihrer Mitgliederversammlung Ende September einen Brief an Bundesministerin von der Leyen verabschiedet.

Anknüpfungspunkt für den Brief sind die geplante massive Aufstockung des Wehretats und die vergleichsweise geringe Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit. Dies steht im Gegensatz zu den Grundlagen der evangelischen Friedensethik und ist selbst mit dem im Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik formulierten Vorrang für Prävention und nichtmilitärisches Handeln unvereinbar.

Wir wollen einen Paradigmenwechsel hin zu nichtmilitärischen Strategien der Prävention und Konfliktbearbeitung! Der Brief ist Ende September zunächst Frau von der Leyen zugesandt worden.

Anlässlich der Ökumenischen FriedensDekade möchten wir Sie auf den Brief der EAK <http://eak-online.de/sites/default/files/file/Aktuelles/EAK%20Pressemitteilung%3A%20Bundesregierung%20muss%20von%20PI%C3%A4nen%20einer%20%E2%80%9Emilit%C3%A4rischen%20Trendwende%E2%80%9C%20Abstand%20nehmen-298.pdf> aufmerksam machen, damit Sie in Ihrer Gemeinde oder Ihrem Arbeitsbereich oder in Gemeinden und Arbeitsgruppen in Ihrer Landeskirche oder Freikirche auf die Problematik der Wehretaterhöhung hinweisen und bekanntmachen können. Zugleich empfehlen wir von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, diesen Brief mit Unterschriften direkt an Bundesministerin von der Leyen zu senden. Das Sammeln von Unterschriften kann auch über den Zeitraum der FriedensDekade hinaus geschehen.

Fühlen Sie sich frei, diesen Brief in Ihrem Sinne zu nutzen und zu gestalten, deshalb die Übersendung als Worddatei. Neben Bundesministerin von der Leyen als Adressatin ist auch eine Adressierung an Kanzlerin Merkel (Bundeskanzleramt, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Willy-Brandt-Straße 1 in 10557 Berlin) sinnvoll, denn die Erhöhung des Wehretats ist erklärtes Regierungsziel.

Um über die Unterschriftensammlung hinaus **kurzfristig** Einfluss zu nehmen, ist es auch sinnvoll, dass Sie sich mit diesen Brief mit der Bitte um Stellungnahme und Weiterleitung an politisch Verantwortliche in Ihrem Bereich bzw. Kirchengemeinde oder Landkreis oder direkt an Bundestagsabgeordnete wenden. Hier sind persönlich formulierte Anschreiben immer die wirkungsvollsten.

Unter http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finzen/Bundeshaushalt/Bundeshaushalt_2017/bundeshaushalt_2017.html können Sie sich den Haushaltsplan der Bundesregierung genauer ansehen.

<|Gruß>